

Zwergstaat mit Sprengkraft

Das Kosovo soll endlich unabhängig werden.
Werden dann die Albaner die Serben drangsaliieren?

VON ANDREA BÖHM

Als Ratspräsidentin der EU hat die deutsche Regierung große Pläne – sie möchte die totgesagte Europäische Verfassung wiederbeleben, die Beziehungen zu Russland stabilisieren, im Nahen Osten zum Frieden anstiften. Womöglich aber entscheidet sich die Frage nach Erfolg oder Misserfolg der deutschen EU-Präsidentschaft in einem ganz anderen Winkel der Erde: im Kosovo, Europas neuestem Ministaat in spe.

Der hat nun konkretere Formen angenommen, seit UN-Vermittler Martti Ahtisaari vergangene Woche seinen Vorschlag für die Zukunft des Kosovos darlegte. Nominell gehört das Gebiet, das etwa halb so groß ist wie Hessen, noch zu Serbien, seit Ende des Kosovokrieges 1999 wird es von den Vereinten Nationen verwaltet. Nun soll das UN-Protektorat in eine eingeschränkte Unabhängigkeit entlassen werden, wobei das Wort »Unabhängigkeit« aufgrund des anhaltenden serbischen Widerstands gegen eine Abspaltung in Ahtisaaris Papier gar nicht auftaucht. Das Kosovo würde demnach in Zukunft mit eigener Hymne, Fahne, Miniarmee und Sitz in der UN auftreten, aber bis auf Weiteres unter internationaler Aufsicht bleiben. Nato-Truppen sollen weiterhin die serbisch-orthodoxen Kirchen sowie die serbischen Gemeinden schützen, denen in einem unabhängigen Kosovo ein hohes Maß an Selbstverwaltung zugestanden würde. Eine EU-Mission wird den Aufbau und die Beobachtung von Gerichtsbarkeit und Polizei übernehmen, ein internationaler ziviler Repräsentant, der gleichzeitig die EU vertritt, wird ähnlich wie in Bosnien mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet.

Läuft alles nach Plan, würde der UN-Sicherheitsrat im Frühjahr Ahtisaaris Vorschläge in eine Resolution gießen, auf dass die Europäische Union ein sehr kleines Staatengebilde mit ziemlich großen Problemen unter ihre Fittiche nehmen kann. Für die EU ist das eine Premiere und ein durchaus riskantes Experiment. Ganz nebenbei würde die internationale Staatengemeinschaft damit auch zum ersten Mal die territoriale Souveränität eines Mitgliedslandes, nämlich Serbiens, beschneiden und dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes unterordnen. Letzteres stößt bei den Kosovo-Albanern natürlich auf Jubel, bei ihrem wichtigsten Fürsprecher USA auf Beifall, in Serbien auf erbitterten Protest, in Russland und China auf bislang schwer zu berechnenden Unmut und in einigen EU-Mitgliedsländern, allen voran Griechenland und Spanien, auf deutliches Unbehagen. Zwar betonen die USA immer wieder die Einzigartigkeit des Falles Kosovo, doch zweifellos gäbe ein solcher Präzedenzfall anderen Minderheiten mit und ohne Befreiungsbewegung neue Argumente: Kurden, Tamilen, Abchasen, Transnistriern, Basken ...

Russland erinnert sich der »slawischen Bruderschaft«

Noch ist allerdings nicht gesagt, dass alles nach Plan läuft. Russland, eine der fünf Vetomächte im Sicherheitsrat, erinnert den Kosovokrieg der Nato als bittere Demütigung und besinnt sich seit einiger Zeit verstärkt auf die »slawische Bruderschaft« mit Serbien. Die politische Elite in Belgrad wiederum erklärt mit der Berechenbarkeit eines

Anrufbeantworters, dass eine Unabhängigkeit »ihrer Provinz« unannehmbar sei. Prowestliche Politiker wie Staatspräsident Boris Tadić tun dies aus taktischen Gründen: Sie wissen (wie die meisten Serben), dass der Verlust der ehemaligen Provinz unausweichlich ist, wollen aber in einem Binnenklima nationalistischer Kränkung nicht in den Ruf geraten, das Kosovo »verkauft« zu haben. Nationalistische Politiker wie der amtierende Ministerpräsident Vojislav Koštunica handeln aus der Überzeugung, das Kosovo sei die Wiege des Serbentums und eine von der UN beschlossene Abspaltung ein einmaliger Bruch mit dem Völkerrecht. Koštunica, dessen Demokratische Partei Serbiens (DSS) derzeit mitten in unerquicklichen Koalitionsverhandlungen mit der Demokratischen Partei (DS) von Tadić steckt, droht derzeit offen mit einer Abwendung von Europa und einer Hinwendung zu Russland und China, sollten westliche Staaten ein unabhängiges Kosovo anerkennen. Wie ernst solche verbalen Eskalationen zu nehmen sind, versuchen diese Woche Javier Solana, Chefdiplomate der EU, und der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Belgrad herauszufinden.

Was nun die Haltung Moskaus betrifft, so rechnet man in Brüssel und Berlin offenbar damit, dass Russland trotz »slawischer Bruderschaft« eine UN-Resolution für ein unabhängiges Kosovo im Sicherheitsrat nicht blockieren wird. Sollte sich diese Einschätzung als falsch erweisen, droht der EU samt deutscher Ratspräsidentschaft ein Debakel: Ohne Resolution kann die UN aus dem Kosovo nicht ab- und die EU nicht einziehen. Einen Plan B hat die EU offenbar aber nicht. Der Status

der Republik hinge weiterhin in der Luft. Wütende und militante Demonstrationen der Kosovo-Albaner wären wahrscheinlich. Die USA würden mit einer bilateralen Anerkennung vorangehen - und die EU selbst würde in Befürworter und Skeptiker eines unabhängigen Kosovos zerfallen.

Hardliner auf beiden Seiten können die Lage verschärfen

Angenommen, Plan A funktioniert. Dann würde die EU vermutlich im Spätsommer die Überwachung eines eingeschränkt unabhängigen Kosovos übernehmen, dessen Gesellschaft laut Ahtisaari-Papier »multiethnisch« sein soll.

Gegen ethnische Säuberungen und für das Ideal des multiethnischen Europas – die westliche Öffentlichkeit hatte seinerzeit den Kosovokrieg moralisch begründet und wollte einen auf moralischen Prinzipien basierenden Frieden aufbauen. Spätestens im März 2004 begriff auch der letzte internationale Helfer das Scheitern dieses Anspruchs, als Kosovo-Albaner – aufgestachelt durch Gerüchte, Medienhetze und ermutigt durch hilflose Nato-Truppen – ein Pogrom gegen Serben und Roma veranstalteten. Ein multiethnisches Kosovo meint in Friedenszeiten also schlicht die Umkehrung der Verhältnisse des Krieges. Internationale Truppen müssen nicht mehr die Kosovo-Albaner vor den Serben schützen, sondern umgekehrt. Dass es dabei durchaus positive Beispiele von multiethnischer Kooperation gibt, zum Beispiel bei der Polizei, macht Hoffnung, ändert vorerst aber nichts am Grundproblem: Hardliner auf beiden Seiten – und

auf der serbischen ist Belgrad mit im Spiel – können die Situation eskalieren.

Die Frage ist nun, ob es der EU mit ihrem Repertoire an ökonomischen Lockmitteln gelingen kann, diesen Konflikt dauerhaft zu entschärfen. Im Kosovo erhofft sich ein Heer junger Arbeitsloser, dass sich mit der Unabhängigkeit auch der wirtschaftliche Aufschwung einstellt. Nichts aber ist gefährlicher in einem Nachkriegsgebiet als die enttäuschte Hoffnung auf ein Wunder. Das Kosovo wird auf absehbare Zeit ein ökonomisches Notstandsgebiet bleiben. Diesem Problem, so argumentiert die European Stability Initiative, ein Thinktank mit Büros in Berlin, Istanbul und Prishtina, müsse die EU mit zweierlei Schritten begegnen: einem Arbeitsabkommen, das Kosovaren wieder die Jobsuche im europäischen Ausland erlaubt. Und mit einem konkreten Zeitrahmen für die Annäherung an die EU.

Der Köder der Mitgliedschaft ist gleichzeitig das einzige Lockmittel der EU gegenüber Serbien. Wie immer das diplomatische Tauziehen mit Belgrad ausgeht, fest steht: Die EU kann sich eine Aufnahmefähigkeit nicht leisten, wenn sie dauerhaften Frieden und Stabilität auf dem Balkan haben will.

Und noch etwas: Die internationale Gemeinschaft hat im Kosovo, wenn man es pro Einwohner rechnet, 25-mal so viel Geld investiert und 50-mal so viele Truppen entsandt wie im Fall Afghanistan. Daran kann man nicht nur ermessen, wie viel mehr Geld und Engagement in Afghanistan benötigt werden, sondern auch, wie viel im Kosovo auf dem Spiel steht.



Traum von einer ARMEE.
Angehörige des
Kosovo-Schutzkorps